Video-Podcast der Bundeskanzlerin #04/2014

1. März 2014

Die Fragen stellte Phillip Handy, 23, Student der Europawissenschaften, Berlin.

Phillip Handy*:*
Frau Bundeskanzlerin, Sie waren gerade in Großbritannien, haben mit der Königin und Premierminister Cameron gesprochen und vor beiden Häusern des Parlaments eine Rede gehalten. Wie haben Sie die Stimmung in London empfunden?

Bundeskanzlerin Merkel:
Ich habe die Stimmung so empfunden, dass ich erst einmal herzlich willkommen geheißen wurde – was ja für eine deutsche Bundeskanzlerin, wenn man die Geschichte betrachtet, gar nicht so ganz selbstverständlich ist. Und ich habe dort, in London, sehr dafür geworben, dass wir gemeinsam Mitglieder der Europäischen Union bleiben, dass wir aber auf der anderen Seite diese Europäische Union auch immer so gestalten, dass wir unseren Wohlstand, unseren Frieden und auch unsere Freiheit erhalten können. Da bin ich auf viel Zustimmung gestoßen, aber ich habe natürlich auch durchaus kritische Stimmen gehört. Viele in Großbritannien denken, dass die Europäische Union vielleicht nicht effizient genug ist, dass sie sich in Dinge einmischt, die vielleicht gar nicht notwendig sind. Deshalb hab ich in meiner Rede auch noch einmal betont: Wir gehören zusammen, wir sind als Europäer mit sieben Prozent der Weltbevölkerung sowieso nicht die Mehrzahl, sondern wir müssen unsere Kräfte bündeln. Aber das Subsidiaritätsprinzip, dass also alles, was vor Ort entschieden werden kann, auch vor Ort entschieden wird, muss in Europa besser gelten. Und unsere Rechtssetzung, unsere Direktiven und Gesetze können auch noch unbürokratischer gemacht werden.

Die Briten haben, wie auch David Cameron in seiner Europa-Rede betont hat, einen anderen Blick auf Europa und auf die Rolle ihres Landes in der Europäischen Union als etwa die Deutschen. Inwiefern kann man vor diesem Hintergrund, angesichts dieser unterschiedlichen Europagedanken überhaupt von einem gemeinsamen europäischen Projekt sprechen?

Wir sind ja 28 Mitgliedstaaten, und man kann mit Fug und Recht sagen, dass eigentlich jedes Land seinen eigenen Blick auf Europa hat. Dieser Blick ist geprägt von der eigenen Geschichte, von den eigenen Grundauffassungen. Und das Wunder an Europa ist, dass wir trotz der vielen unterschiedlichen Meinungen einen Grundkonsens, einen gemeinsamen Konsens gefunden haben. Das ist einmal –im Ökonomischen – der Binnenmarkt, das sind auf der anderen Seite unsere Grundwerte; wir alle bekennen uns zur Freiheit und zur Demokratie. Wenn man sich auf der Welt umguckt, gibt es gar nicht so viele Gebiete, in denen das so unumstritten ist. Deshalb glaube ich, gibt es gute Gründe, dass wir Europäer zusammengehören, obwohl jeder von uns seinen Blick auf Europa hat.

Heute findet in Berlin die Abschlussversammlung des Projekts „Ein neues Leitmotiv für Europa" der Europäischen Kommission statt. Wie kann eine solche, von der Politik angestoßene europäische Zukunftsvision auch die notwendige breite gesellschaftliche Verankerung finden?

Diese Veranstaltung heute ist ja genau ein Beitrag dazu, dass wir sagen: Die Politik alleine kann das nicht. Es bedarf der Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen Europa erleben. Und ich glaube, gerade die junge Generation erlebt Europa schon wieder ganz anders als zum Beispiel meine Generation. Ich bin noch in der Zeit der Teilung Europas aufgewachsen. Und auch in den Zeiten, als die heute 60 jährigen zur Schule gingen, gab es noch nicht einen so intensiven Austausch über Europa, zwischen den Universitäten. Wir werden ein gemeinsames Leitmotiv für Europa umso besser schaffen, je mehr die Menschen sich nicht nur als Bürgerinnen und Bürger ihres Nationalstaats fühlen, sondern je mehr sie auch die Probleme anderer im Blick haben. Ich

habe bei Studenten, die über das ERASMUS-Programm oder andere Austauschprogramme Freunde in Schweden, in Frankreich, in Spanien, in Italien haben, sehr oft erlebt, dass sie viel mehr Anteil an dem nehmen, was dort passiert. Das heißt, nur über gemeinsames Erleben wird man auch immer stärker ein gemeinsames Leitmotiv finden können.

Auch an der Abschlussveranstaltung des BürgerDialogs 2013 der Volkshochschule zum Thema „Unser Europa!" nehmen Sie am kommenden Donnerstag teil. Inwiefern ist es in einem solchen Format überhaupt möglich, auch zu hochkomplexen Themen wie den Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem qualifizierten Meinungsbild zu kommen?

Ich glaube, dass das gelingt; ich habe in den vergangenen Jahren einen Bürgerdialog durchgeführt. Da sich gerade die Teilnehmer an einer solchen Veranstaltung schon sehr viel mit dem Thema Europa beschäftigt haben, werden sie mit sehr spezifischen Fragen kommen, sehr spezifische Vorschläge machen, und ich glaube, dass man da sehr schnell in einer Diskussion ist. Ich bin den Volkshochschulen sehr dankbar, dass sie dieses Thema anbieten und mit Menschen darüber sprechen. Denn es kommt wieder zu dem, was wir eben gesagt haben: Europa kann nicht von oben, von der Politik definiert werden, sondern Europa muss durch die Menschen erlebt werden.

In den letzten Krisenjahren wurde häufig auch eine Nationalisierung der öffentlichen Debatte über Europa bemängelt. Welchen Beitrag können lokale Formate wie der BürgerDialog zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit leisten?

Man kann sich über solche lokalen Formate natürlich über andere informieren. Man kann aber auch Partnerschaften zwischen lokalen Initiativen knüpfen. Ich werde auch in diesem Jahr – wie in den vergangenen Jahren – wieder an Schulen gehen, die sehr intensive Partnerschaften zu Schulen in einigen europäischen Ländern haben; da haben schon junge Menschen, die noch zur Schule gehen, Austauschmöglichkeiten, können sich kennenlernen. Die sozialen Medien heute sind natürlich geradezu eine Einladung, dass man auch viel leichter Kontakte knüpfen kann als früher, als man sich nur Briefe schreiben konnte. Insofern müssen wir all diese Möglichkeiten nutzen. Natürlich ist es so: Wenn die Lage, die Arbeitslosigkeit zum Beispiel in Spanien oder in Portugal so ist, dass mehr als 25, 30, manchmal 50 Prozent der jungen Menschen keine Arbeit haben, und in Deutschland sind das vielleicht nur acht oder neun Prozent, dann ist die Wahrnehmung der Probleme natürlich unterschiedlich. Das kennen wir im Übrigen auch aus Deutschland. Als wir die Deutsche Einheit hatten, war die Arbeitslosigkeit in Bayern sehr gering, und sie war in Mecklenburg-Vorpommern bei 20 oder 25 Prozent. Das heißt, dann hat man auch über andere Dinge diskutiert. Man kann es nicht erzwingen. Deshalb müssen wir natürlich daran arbeiten, dass gerade die Menschen wieder Arbeitsplätze haben, dass es Wirtschaftswachstum gibt und dass wir wettbewerbsfähig sind in Europa. Aber Kontakte kann man auch knüpfen, wenn man Probleme hat, und deshalb setze ich mich dafür auch sehr ein.